

POLITISCHES DIALOGFORUM **LEBENSVERSICHERUNG**

26. September 2022 in Berlin
Zusammenfassung

— Das neue Zinsumfeld mit stark steigenden Anleihezinsen stellt die Branche vor große Herausforderungen. Lebensversicherer müssen sich auf ihr Alleinstellungsmerkmal fokussieren: die Absicherung der biometrischen Risiken und die Diversifizierung über die Gruppe der Versicherten.

— Die Riester-Rente ist in einer schwierigen Situation, der Bestandsschutz aber sei gewährleistet. Eine Weiterentwicklung ist unumgänglich. Es müssen Möglichkeiten für langfristige Investitionen und höhere Renditen geschaffen werden.

— Das Drei-Säulen-Modell für die Altersvorsorge hat auch weiterhin Zukunft. Gerade die betriebliche Altersvorsorge muss aber ausgebaut und mehr Menschen zur Verfügung gestellt werden.

— Parteiübergreifender Konsens: die gesetzliche Rentenversicherung muss in die Kapitaldeckung einsteigen, um die Beitragsstabilität auch langfristig zu gewährleisten.

Das **Politische Dialogforum will Herausforderungen in den Bereichen Lebensversicherung & Altersvorsorge diskutieren** und im Dialog zwischen Politik und Wirtschaft Impulse setzen. Dazu kommen Vorstandsmitglieder deutscher Lebensversicherer und Pensionskassen, führende Multiplikatoren sowie Persönlichkeiten aus Politik, Aufsicht und Gesellschaft einmal im Jahr in Berlin bei diesem Forum zusammen.

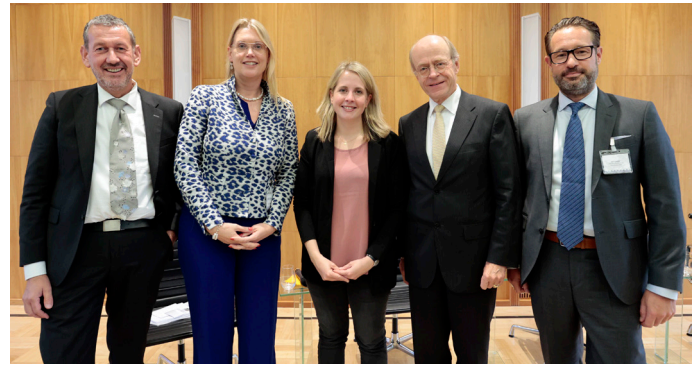
Die **Geschäftsführung der Athora Deutschland** hatte am 26. Sept. 2022 zum **3. Politischen Dialogforum Lebensversicherungen** ins Haus der Commerzbank am Pariser Platz eingeladen.

BEGRÜSSUNG

Ralf Schmitt, bis zuletzt Mitglied im Management Executive Committee der Athora Holding Ltd., hat die Funktion als **CEO der Athora Deutschland Gruppe übernommen**. Damit reagiert das Unternehmen auf das zunehmende Wachstum im deutschen Markt und die im Juli angekündigte Übernahme des geschlossenen Lebensversicherungsportfolios von AXA Deutschland. Mit einem verwalteten Vermögen von 19 Mrd. EUR und 1 Millionen Kunden gehört die Transaktion zu den größten in Deutschland. Ralf Schmitt wird so auch die Integration des neuen Bestands mitverantworten. Der Erwerb des Portfolios ist ein wichtiger Schritt für Athora, sich als führender Anbieter von Lebens- und Altersvorsorgeprodukten in Europa weiter zu etablieren. „*Unser oberstes Ziel ist es, für die Kunden einen echten Mehrwert bei der Erfüllung ihrer langfristigen Versicherungsbedürfnisse zu schaffen*“, so Ralf Schmitt. „*Athora will wachsen, in Deutschland und Europa. Für die Übernahme von Beständen oder Rückversicherungen können wir auf das langfristige Kapital internationaler strategischer Investoren zurückgreifen, um so den Kunden eine sichere, attraktive und nachhaltige Altersvorsorge zu bieten*“.

HÄLT DIE GARANTIE IN DER PRIVATEN LEBENSVERSICHERUNG?

Staatsekretär Dr. Florian Toncar (FDP) hebt in seinem Beitrag hervor, das **Niedrigzinsumfeld** der letzten Jahre sei eine große Herausforderung für die Erfüllbarkeit der Verpflichtungen vor allem aus den hochverzinslichen Verträgen gewesen. Die **Bundesregierung habe in der Vergangenheit entschlossen gehandelt** und mit der ZZR und dem Lebensversicherungsreformgesetz die Regulierung angepasst. Alle Beteiligten – Unternehmen, Versicherte, Vertrieb – hätten so einen Beitrag zur Absicherung geleistet. Die Lebensversicherer hätten ferner, so Toncar, angemessen auf die **Risiken niedriger Zinsen** reagiert. Es seien **neue Produkte mit niedrigeren und flexibleren Garantien** entstanden. Hinsichtlich der aktuellen Themen wie „**Zukunft der Riester-Rente**“, die **unter Akzeptanz leide**, aber weiter Bestand haben werde, aber auch bzgl. der **Einrichtung eines öffentlichen Fonds**,



Dr. Claudius Viewers (CEO Athora Lebensversicherung), **Petra Hielkema**, (Vorsitzende EIOPA), **Verena Hubertz** (stellvertretende Fraktionsvorsitzende SPD), **Dr. Nikolaus von Bomhard** (Vorsitzender des Board of Directors, Athora Holding Ltd.), **Ralf Schmitt** (CEO Athora Deutschland Gruppe)

Dr. Claudius Viewers, der als **CEO der Athora Lebensversicherung** die Gäste beim Dialogforum begrüßt, weist auf die weiter großen Herausforderungen hin. Eine zentrale Aufgabe der Lebensversicherer und Pensionskassen sei es, in diesen unsicheren Zeiten die Sicherheitsbedürfnisse und Renditeerwartung ihrer Kunden zu erfüllen und Kapital für die Entwicklung von neuen Geschäftsansätzen bereitzustellen. Heute befänden sich fast 1.000 Mrd. EUR Deckungsrückstellungen für traditionelle Garantieprodukte in den Bilanzen der Versicherer, die im Sinne des Kunden zu managen seien. „*Garantien haben nicht ausgedient, und Athora steht mit seinem Geschäftsmodell für eine sichere Erfüllung dieser Garantien*.“ Hierfür setze man Kapital und Know-how ein. Die strategische Beziehung mit Apollo Global Management ermögliche es Athora, den Zugang zu deren Fähigkeiten im Bereich Investment Management, Origination und internationalen Kapitalmärkten zu gewinnen.

seien beide Themen bei der Bundesregierung im Prüfprozess. Insgesamt sei der Bundesregierung ein diversifiziertes Angebot der privaten Altersvorsorge sehr wichtig und die Lebens-



Dr. Florian Toncar, Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium der Finanzen



versicherung sei hier ein fester Bestandteil. Die Frage, welche Rolle künftig den Garantien beigemessen werde, müsse unter Beachtung der Bedürfnisse der Versicherten beraten werden.

Beim **Provisionsdeckel** betont Toncar, wichtiger als Obergrenzen vorzugeben, sei, dass die Lebensversicherer ihren Kunden einen angemessenen Nutzen bieten und Interessenskonflikte beim Vertrieb dieser Produkte vermieden werden. **Es sei vorstellbar, dass sich die Aufsicht dieser Aspekte annehmen werde.** Zur **betrieblichen Altersvorsorge** ergänzt er, der Koalitionsvertrag sehe eine Weiterentwicklung und Umsetzung des im Betriebsrentenstärkungsgesetz vorgesehenen Sozialpartnermodells vor, woran die Regierungsparteien derzeit arbeiteten. Beim Solvency 2 Review setze sich die Bundesregierung ausdrücklich für eine **Stärkung der langfristigen Investitionen ein.**

Toncar schließt mit dem Hinweis: „Die private Altersversorgung ist und bleibt wichtig. Der Koalitionsvertrag bringt deutlich zum Ausdruck, dass wir hier Reformen brauchen. Unser Ziel ist, die Altersvorsorge so anzulegen, dass wir noch stärker die Bundesbürger erreichen, die eine Förderung brauchen und die bisher zu wenig für ihre Altersvorsorge tun“.

Axel Kleinlein erklärt, das **neue Zinsumfeld** mit stark steigenden Anleihezinsen komme zur Unzeit. Viele Lebensversicherer hätten sich mit niedrig verzinsten Anleihen vollgesogen und könnten auf absehbarer Zeit nicht an höheren Zinsen teilhaben. Die Chancen auf höhere Überschussbeteiligungen sei daher eher gering. Nur Neugründungen und neue kapitalgedeckte Systeme ohne Altgeschäft könnten sich hier gut positionieren. Zur **Digitalisierung** betont Kleinlein, die Versäumnisse der Vergangenheit nehmen vielen Lebensversicherern wichtige Handlungsspielräume. Es sei wichtig, umfangreiche Bestände auf zukunftsfeste digitale Plattformen zu setzen.



Axel Kleinlein, Präsident des Bundes der Versicherten, BdV

Dabei würden vermutlich **TPAs oder auch Run-Off-Unternehmen** eine bedeutsame Rolle zufallen. Entscheidend sei nicht die Anzahl der verwalteten Verträge. Vielmehr gehe es darum, viele unterschiedliche Tarife in den Griff zu bekommen. Nur wer einen effizienten technischen Umgang findet, werde sich erfolgreich etablieren.

Kleinlein sagt, der **Wechsel von der Mikro-Regulierung zur Makro-Regulierung** wäre ein guter Weg, um die Behähigkeit der Branche

zu beenden. „Wir benötigen eher grundsatzbasierte Handlungsrahmen mit vernünftig gesetzten Leitplanken als kleinteilige Regeln. Die Riester-Rente ist gescheitert, da zu detailversessen reguliert wurde. Ein offenerer Rahmen, wie beim PEPP zu finden, kann hier ein besserer Ansatz sein.“

Das bei der Politik verspielte Vertrauen müsse von der Branche zurückgewonnen werden. Der Riester-Rente als Rot-Grünes-Prestigeprojekt falle eine zentrale Rolle zu, auch wenn sie im Neugeschäft keine Rolle mehr spiele. Beide Garantien müssen auf den Prüfstand: der Kapitalerhalt zu Rentenbeginn und die Verrentungspflicht. Nur so könne ein neues System mit echten Erfolgsaussichten etabliert werden.

Deutschland brauche einen mutigen Ansatz einer geförderten kapitalgedeckten Altersvorsorge, die mehr Freiheitsgrade zulasse: die Freiheit, in der Ansparphase eine individuelle Sparform wählen zu können und die Freiheit, in der Auszahlphase selbst über das Geld verfügen zu können.

Sven Lixenfeld äußert sich, wie schwierig es für die Unternehmen sei, sich nach der langen Niedrigzinsphase, auf die sich die Versicherer mit neuen Produkten und Prozessen eingestellt haben, nun wieder umzustellen. „Das **wechselnde Zinsniveau stellt in letzter Zeit immer wieder Sinnfragen zum Geschäftsmodell der Lebensversicherung**“. Dies sei bedauerlich, da die Lebensversicherung den Anspruch habe, eine Versicherung für eine auskömmliche Altersversorgung zu sein, unabhängig von Kapitalmarktschwankungen. Denn die Menschen schließen die Lebensversicherung ab, um eine **Absicherung im Alter** zu haben. Aber dies könne immer weniger gewährleistet werden, gerade im aktuellen Marktumfeld. Nicht der Zins sei das **Problem**, sondern das **Festhalten an den Nominalgarantien**. Denn dies würde die Lebensversicherungen in eine Asset-Allocation treiben, die man mit 80-90 Prozent an Anleihe-/Zinspapieren nicht als ausgewogen ansehen könne. So könnten auch keine auskömmlichen Überschussrenditen erwirtschaftet werden, die immer stärker zum Wettbewerbs-, gar zum Überlebensfaktor würden.

Als Lebensversicherer nur auf die neue **Form der fondsgebundenen Rentenversicherung** zu setzen, sei zu wenig. Hier seien nur noch



Sven Lixenfeld, Vorstandsvorsitzender der HDI Lebensversicherung AG



geringe Versicherungselemente zu finden, da ein Risikoausgleich in der Sparphase im Kollektiv und über die Zeit fehle. Banken und Asset-Manager würden hier zusehends zu neuen Wettbewerbern. Dem eigentlichen USP der Versicherer würde man hier zu wenig gerecht. Lixenfeld schließt mit der Forderung: „Die klassische Lebensversicherung muss neu gedacht werden - nämlich als kollektives Produkt mit haptischen Kapitalanlagen, mit hoher Transparenz für Kunden darüber, worin ihn Geld investiert wird und einem ebenso transparenten Ausgleichsmechanismus über die Zeit.“

STÄRKUNG DER KAPITALDECKUNG

Frauke Heiligenstadt (SPD) betont, die gesetzliche Rente müsse jetzt weiter stabilisiert werden. Dies gelte für das Rentenniveau wie auch für die Altersgrenze. Um diese Zusage generationengerecht abzusichern, müsse Deutschland in eine teilweise Kapitaldeckung der GRV einsteigen. Die **teilweise Kapitaldeckung** solle als **dauerhafter Fonds von einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Stelle professionell verwaltet** werden und **global anlegen**.



Frauke Heiligenstadt, MdB Mitglied im Finanzausschuss, Sprecherin für Altersvorsorge und finanziellen Verbraucherschutz der SPD

Neben der GRV bleibe die betriebliche und die private Altersvorsorge wichtig für ein gutes Leben im Alter. Die SPD setze sich diesbezüglich für eine **Stärkung der bAV** ein, gerade auch durch die Möglichkeit von Anagemöglichkeiten mit höheren Renditen. Mit Blick auf die private Altersvorsorge sagt Frau Heiligenstadt, diese müsse grundlegend reformiert werden. Dazu zähle neben der **Prüfung eines öffentlich verantworteten Fonds** mit einem kostengünstigen Angebot mit Abwalmöglichkeit auch die **Prüfung einer gesetzlichen Anerkennung privater Anlageprodukte** mit höheren Renditen als Riester. Eine Förderung könne Anreize für die unteren Einkommensgruppen bieten, sich stärker in diesen Produkten zu engagieren. Für die Riester-Rente bestehe Bestandschutz; aber seitens des Gesetzgebers müsse man Wege prüfen, die Ertragsmöglichkeiten dieser Anlageform zu verbessern. Als Sozialdemokratin fordert sie: „Damit auch Menschen mit kleinem Einkommen an der Entwicklung an den Finanzmärkten teilnehmen können, ist es wichtig, die Produktmöglichkeiten transparenter zu gestalten, eine digitale Rentenübersicht für die Betroffenen zu entwickeln und mehr für die finanzielle Bildung aller Menschen zu tun.“



Dr. Carsten Brodesser (CDU), **Anja Schulz (FDP)**, **Stefan Schmidt (Grüne)**, **Frauke Heiligenstadt (SPD)**, **Herbert Fromme (Versicherungsmonitor)**

Dr. Carsten Brodesser (CDU) unterstreicht, man **halte am Drei-Säulen-Modell fest**, da es den individuellen Lebensplanungen und den demografischen Entwicklungen größtmögliche Gestaltungsmöglichkeiten einräume. „**Den Einstieg der GRV in die Kapitaldeckung (10 Mrd. EUR) begrüßen wir ausdrücklich**. Fraglich bleibt jedoch, woher diese Mittel dauerhaft kommen und wann die Erträge in welchem Umfang die Rentenversicherung entlasten können.“ Die CDU/CSU setze sich für eine **Weiterentwicklung der Riester-Rente zu einer „Zulagen-Rente“** ein. Riester sei zu bürokratisch, zeige zu hohe Verwaltungskosten, zu komplizierte Zulagen und die 100 % Garantie werde immer schwieriger. „Es kann nicht sein, dass die Zulage die neue Rendite ist! 100 % Beitragsgarantie ist nicht mehr vertretbar“, so Brodesser. **Eckpunkte für die neue Zulagenrente seien:**

- i. Ausweitung der Förderberechtigten auf alle unbeschränkt Steuerpflichtigen und Auswahl der Produkte soll weiter beim Sparer liegen
- ii. Absenkung der 100 % Beitragsgarantie auf bis zu 70 %, um eine renditeorientierte Anlage zu ermöglichen
- iii. Ersatz der 4 %-Regel für die volle Zulage durch **standardisierte Zulagenförderung (Förderung 40 ct je 1 EUR)**
- iv. Verbesserung des Datenaustauschs zwischen der Zulagenstelle (ZfA) der Rentenversicherung, den Finanzämtern und den privaten Anbietern der Vorsorgeprodukte
- v. Übernahme der Änderungen auch für den Riesterbestand



Dr. Carsten Brodesser, MdB Mitglied des Finanzausschusses und Berichterstatter für Altersvorsorge und Versicherungen der CDU/CSU-Fraktion



Hinsichtlich der **bAV** sieht er das Problem der Beschränkung durch Tarifgebundenheit und fordert die **Öffnung des Sozialpartnermodells** für nicht tarifgebundene Unternehmen. Mit Blick auf eine „**verpflichtende Rente für Geringverdiener**“, die nicht über eine ausreichende Sparfähigkeit verfügten, sagt Brodesser, das Betriebsrentenstärkungsgesetz ermögliche bereits heute die Zahlung einer (rein Arbeitgeber-finanzierten) „Geringverdiener bAV“. Aber zu viele Einschränkungen würden dem aktuell entgegenstehen. Der CDU-Vorschlag sei daher, künftig die Einrichtung einer zusätzlichen Altersvorsorge für Geringverdiener in Höhe von mindestens 40 EUR pro Monat verpflichtend zu machen.

Anja Schulz (FDP) erklärt, der demografische Wandel sei das größte Problem der Altersvorsorge. Denn die umlagefinanzierte gesetzliche Altersvorsorge funktioniere mittelfristig nicht mehr. Die Liberalen **wollen daher Reformen anschieben, die Jahre lang verschlafen wurden**, und damit GRV für die teilweise Kapitaldeckung öffnen und Parallelreformen in der privaten Altersvorsorge vorantreiben. „*Die teilweise Kapitaldeckung in der gesetzlichen Rentenversicherung ist ein wichtiger Schritt für mehr Nachhaltigkeit in der umlagefinanzierten Altersvorsorge. Sie wird mittel- bis langfristig für mehr Beitragsstabilität sorgen.*“ So sei der 10 Mrd. EUR Betrag im Koalitionsvertrag für den Aufbau einer Kapitaldeckung in der GRV auf Initiative der FDP zustande gekommen.



Anja Schulz, MdB - Sprecherin für Versicherungen und Altersvorsorge der FDP-Bundestagsfraktion, Mitglied im Finanzausschuss

Auf die Frage, wie Altersvorsorge in 30 Jahren aussieht, antwortet sie, die FDP setze **weiterhin auf drei Säulen**: vor allem die bAV müsse weiter gestärkt werden. Kleinen, nicht tarifgebundenen Unternehmen müsse die Möglichkeit gegeben werden, an der 2. Säule teilzunehmen. Zudem müsse über eine Lockerung von Beitragsgarantien in der privaten Vorsorge nachgedacht werden. Sie ergänzt, dass es einen Staatsfonds nach schwedischem Vorbild und die bAV für jeden geben solle. Eine einfache Anhebung des Renteneintrittsalters dürfe nicht die Lösung des Problems sein.

Die Versicherungsbranche spiele auch zukünftig eine entscheidende Rolle. Sie führe private Anleger an den Kapitalmarkt. Aufgabe der Branche sei zudem eine fachkundige Beratung bei der Vermögensbildung und Altersvorsorge. Sie müsse die Menschen auf drohende Finanzlücken im Alter hinweisen. Die Beratung sei eine zentrale Herausforderung, um die private Vorsorge zu unterstützen, da die gesetzliche Absicherung nicht ausreiche.

Stefan Schmidt (Grüne) sagt, das **Fundament der Alterssicherung** bleibe bis auf Weiteres die **GRV**. Dabei unterstütze die Partei von Bündnis 90/ Die Grünen die im Koalitionsvertrag verankerte 10 Mrd. EUR Förderung. „*Um vor dem Hintergrund des demografischen Wandels das Rentenniveau und den Beitragssatz langfristig zu stabilisieren, begrüßen wir eine teilweise Kapitaldeckung.*“ Dies könne nur ein Anfang sein. Zur Stabilisierung der GRV bei 48 % und 67 Jahren könne beitragen, dass hin zur Bürgerversicherung anderweitig nicht abgesicherte **Selbstständige in die GRV** aufgenommen werden. Schmidt unterstreicht, er sehe **keine Alternative zum 3-Säulen-Modell**, das langfristig Bestand habe. Um eine stabile Rente zu ermöglichen, müssten sowohl für die betriebliche als auch die private Altersvorsorge neue Vorschläge entwickelt werden. Die geflopte **Riester-Rente**, für die es Bestandsschutz gebe, wollen die Grünen durch einen **öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzen, der parallel zu Riester laufen soll**. Aus dem BMF erwarte man nun einen Vorschlag. Eine kapitalgedeckte private Altersvorsorge, also eine **Art Aktienrente, würde das Umlagesystem sinnvoll ergänzen**. Der Bürgerfonds solle auch Menschen mit kleineren Einkommen eine echte Chance bieten, risikoarm und kostengünstig aufzubauen. Auf teure Garantien wolle man verzichten - ein langfristiger Anlagehorizont und ein breit diversifiziertes Portfolio geben ausreichend Sicherheit. „*Im Koalitionsvertrag haben wir dazu einen Prüfauftrag verankert und werben bei den Ampelpartnern für dieses Modell*“, so Schmidt.



Stefan Schmidt, MdB (Bündnis 90 / Die Grünen) im Finanzausschuss Sprecher der Fraktion für Altersvorsorge und Versicherungen



IMPULSVORTRAG: POLITIK IN ZEITEN DER ZEITENWENDE

Verena Hubertz (SPD) hatte kurzfristig für den erkrankten SPD-Parteivorsitzenden Lars Klingbeil die Keynote übernommen. Zunächst schildert sie ihre Sicht zu der derzeit sehr schweren politischen Aufgabe, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Energiekrise entgegenzuwirken. **Das dritte Entlastungspaket** sei auf dem Weg und trotz zahlreicher politischer Kompromisse eine sehr **wichtige Unterstützung für die Bevölkerung**. In Ausnahmesituationen wie diesen dürfe man keine Instrumente für die Bewältigung der Krise ausschließen. So müsse man auch über die **Einführung einer Übergewinnsteuer** sprechen. Wenn der einzelne Bürger und Unternehmer derartigen Belastungen ausgesetzt sei, dürfe es nicht sein, dass Energiekonzerne teilweise Milliarden Gewinne ohne unternehmerische Leistung einfahren. **Den Problemen auf dem Energiemarkt dürfe man aber nicht nur mit Subventionen entgegenwirken**. Grundlegende Regeln, wie z. B. Preisdeckelungen oder ein einheitlicher europäischer Industriestrompreis, müssten in Angriff genommen werden. Auch habe der Ausbau des Energieangebots zurzeit höchste Priorität. Mit Hinblick auf ihre Vergangenheit als erfolgreiche Gründerin und Unternehmerin betont Verena Hubertz, wie wichtig es ihr sei, **den Industriestandort Deutschland zu stärken und einer Deindustrialisierung entgegenzuwirken**. Alle geplanten Markteingriffe müssen realistisch sein und die deutsche Wirtschaft langfristig fördern.



Verena Hubertz, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD

Zu Ihrer SPD-Mitgliedschaft und zum Mindestlohn sagt sie: als Tochter eines Schlossers und einer Gemeindereferentin habe sie die sozialen Herausforderungen verstanden. *„Als ich Schülerin war, habe ich bei einer Fast-Food-Kette damals für knapp 6 EUR gejobbt. Das war zu wenig, zumal der Kollege an der Kasse von diesem seine ganze Familie durchbringen muss“*. Daraufhin habe sie sich entschlossen, Genossin zu werden.

Die Riester-Rente, so Hubertz, sei unter den Erwartungen zurückgeblieben und man müsse das staatliche Angebot weitergehend ausbauen. So wäre ein **Staatsfonds nach schwedischem Vorbild denkbar**. Der Staat solle verstärkt als Investor auftreten und nicht lediglich in sichere Produkte wie ETFs anlegen. Die Riester-Rente sei unter anderem an der zu hohen Priorisierung der Risikominimalisierung gescheitert. Gerade in einer solchen Situation sei es

für die Versicherungsbranche wichtig, sensibel mit verloren gegangenen Vertrauen umzugehen. Für die **staatliche Rente bräuchte es einen Kapitalstock, der weit über 10 Mrd. EUR hinausgeht**. Gerade an „late stage investments“ über 200 Mio. EUR mangle es auf dem deutschen Markt oft. In diese Lücke könnte der Staat mithilfe eines **entsprechenden Fonds vorstoßen**.

Dr. Mathias Middelberg (CDU) gibt bei seinem Impulsvortrag, der im Max-Liebermann-Haus am Brandenburger Tor stattfindet, einen Überblick über **die allgemeinen finanzpolitischen Herausforderungen**. Mit Blick auf die Altersvorsorge stehe Deutschland bei der GRV vor gewaltigen Problemen, gerade aufgrund der **demografischen Entwicklung**. Die Bundesregierung werde diesen derzeit jedoch nicht gerecht. Eines der zentralen Wahlversprechen der SPD sei die sichere Rente gewesen. Zwar werde und wurde in Renten-Paketen an einigen Detailschrauben gedreht. **Die notwendigen Reformen seien aber keineswegs in Sicht**. Die Zahlungen der Rentenversicherung werden nur zum Teil durch die Beitragszahler abgedeckt. Schon jetzt gehe jeder vierte Euro aus dem Bundeshaushalt in die Rente. Für 2023 werde ein Zuschuss aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 112 Mrd. EUR eingeplant, bis 2026 werde die Summe auf 129 Mrd. EUR ansteigen. Gleichzeitig gingen mit dem Anstieg der Zinssätze die Ausgaben für die staatlichen Anleihen durch die Decke: von 4 Mrd. EUR im Jahr 2021, auf über 6 Mrd. EUR in diesem Jahr, bis hin zu 30 Mrd. EUR im Jahr 2023. Dies schränke die Haushaltsspielräume drastisch weiter ein. Nun sehe der Koalitionsvertrag zwar vor, dass der GRV in einem ersten Schritt bereits mit dem Haushalt 2022 ein Kapitalstock von 10 Mrd. EUR zugeführt werden sollte. Dies sei ein richtiger Schritt in die Kapitaldeckung. **Allerdings seien bislang keine zukunftsfähigen Ansätze der Ampel-Regierung erkennbar oder gar in der Umsetzung**. In der Diskussion wurde abschließend die Ansicht geäußert, dass mit Blick auf die Bedeutung und Dringlichkeit des Themas der Stabilisierung der Rente eine durchaus parteiübergreifende Initiative wünschenswert sei.



Dr. Mathias Middelberg, Stv. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion für Finanzen und Haushalt



INSURANCE REGULATION IN A GLOBALISED ECONOMY

Petra Hielkema stieg bei ihrer Dinner-Keynote mit einen Überblick in die makroökonomischen Herausforderungen ein: das langjährige Niedrigzinsumfeld, der Ukraine-Krieg und die fast zweistelligen Inflationsraten belasteten den Lebensversicherungssektor.

Ein **renditeschwaches Umfeld** habe zu neuen Produktentwicklungen geführt. So sei in den letzten Jahren eine klare Verschiebung von der Leistungs- zur Beitragszusage und von der Lebensversicherung **zur fondsgebundenen und hybriden Versicherung** zu beobachten gewesen. Die traditionellen Garantien seien immer schwieriger zu erfüllen und haben deren Attraktivität zunehmend reduziert. Fondsgebundene Versicherungen hätten hingegen 2020 ein Wachstum von 3 % verzeichnet, in manchen EU-Staaten gar mehr als 15 %. **Die Pandemie** habe sich zudem durch eine hohe Volatilität an den Finanzmärkten negativ auf die Branche ausgewirkt. Es hätten sich daher hybride Produkte entwickelt, da sowohl traditionelle wie auch fondsgebundene Produkte höheren Risiken ausgesetzt waren. Die Zahlen für 2021, die EIOPA derzeit für den nächsten „Consumer Trends Report 2022“ analysiere, verzeichnen EU-weit ein starkes Wachstum bei den Bruttoprämien von z.T. bis zu 30 % bei fondsgebundenen Versicherungen.

Aufgabe der europäischen Finanzaufsichtsbehörden sei es, die Bedürfnisse der Verbraucher genau zu begleiten und einen fairen Schutz zu garantieren. So beobachte EIOPA die **stetige Verlagerung hin zu fondsgebundenen Lösungen mit großer Aufmerksamkeit**. Ein Schwerpunkt liege für EIOPA auf einem **fairen Preis-Leistungs-Verhältnis („value for money“)**. Die Kosten und Provisionen müssen zum Schutz der Verbraucher einer hohen Transparenz unterliegen. So habe EIOPA speziell bei fondsgebundenen Produkten Bedenken geäußert. Dies seien komplexe Produkte, die zwar höhere Renditen bieten können, aber es gebe auch Fehlverkäufe. Das Thema „**value for money**“ sei eng mit der Produktaufsicht und Governance-Regeln verknüpft.



Dr. Nikolaus von Bomhard, Vorsitzender des Board of Directors, Athora Holding Ltd., **Petra Hielkema**, Vorsitzende der Europäischen Versicherungsaufsicht, EIOPA



Petra Hielkema, Vorsitzende der Europäischen Versicherungsaufsicht, EIOPA

EIOPA habe daher folgende Prinzipien entwickelt um den Verbrauchern einen besseren Wert zu bieten:

- i. Versicherer müssen **bei der Preisgestaltung** klar identifizierte und quantifizierbare Kosten, die nicht unangemessen sind, ansetzen.
- ii. Die Hersteller sollten den **Komplexitätsgrad** dieser Produkte messen und bei der Vertriebsstrategie berücksichtigen. Verbraucherinformationen für fondsgebundene Produkte sollten einfacher, kürzer, anschaulicher und frei von unnötigem Fachjargon sein.
- iii. **Test anhand von Szenarioanalysen** vor Markteinführung.
- iv. **Kontinuierliche Überwachung der Ereignisse**.
- v. **Beobachtung durch die Aufsicht**, ob die Kunden ein faires Preis-Leistungs-Verhältnis erhalten.

Neben diesen Herausforderungen bei fondsgebundenen Produkten weist Hielkema **auf ihre Sorgen hinsichtlich der Rentenlücke hin**. Hierzu habe EIOPA im vergangenen Jahr ihre **Empfehlung für ein Rentenverfolgungssystem** und ein **Renten-Dashboard** vorgelegt.

Mit Blick auf die **Vermittlerbranche** betont sie, dass diese auch eine wichtige Rolle spiele, wenn es darum gehe, Menschen beim Sparen und Investieren zu helfen. Vermittler seien entscheidend und auch in der Verantwortung für Privatkunden, dass gute Produkte verkauft werden. Dabei müsse es auch darum gehen, Greenwashing zu verhindern.

Abschließend wendet sich Petra Hielkema sich dem **Thema „Diversity“** zu. Man sehe die Notwendigkeit, hier mehr zu tun. Gerade die Notwendigkeit der Vielfalt in den Vorständen und deren Erwähnung in **Solvabilität II und IORP II** stehe im Vordergrund.



ABLAUF

“Politisches Dialogforum Lebensversicherung”

26. September 2022

Veranstaltungsort:

Haus der Commerzbank, Pariser Platz, Berlin

- **Begrüßung und Einführung in die Thematik**
 - Dr. Claudius Viewers, Athora Lebensversicherung
 - Dr. Nikolaus von Bomhard, Athora Holding Ltd.
- **„Hält die Garantie in der privaten Lebensversicherung?“**
 - Dr. Florian Toncar, MdB (FDP), Bundesministerium der Finanzen
 - Sven Lixenfeld, HDI Lebensversicherung AG
 - Axel Kleinlein, Bund der Versicherten
- **„Stärkung der Kapitaldeckung in der Altersvorsorge - Quo vadis Deutschland?“**
 - Frauke Heiligenstadt, MdB (SPD)
 - Dr. Carsten Brodesser, MdB (CDU)
 - Stefan Schmidt, MdB (Bündnis 90/ Die Grünen)
 - Anja Schulz, MdB (FDP)
- **Politik in Zeiten der Zeitenwende**
 - Verena Hubertz, MdB (SPD)
- **Besuch im Max Liebermann Haus**
 - Wirtschaftspolitischer Impuls
 - Dr. Matthias Mittelber, MdB (CDU)
- **„Insurance regulation in a globalised economy: Creating a level playing field“**
 - Petra Hielkema, EIOPA
- **Moderation:** Herbert Fromme, Versicherungsmonitor



IHR ANSPRECHPARTNER:

Dr. Ansgar Tietmeyer, Public Affairs

ansgar.tietmeyer@advisor.athora.com | +49 611 711 86615

Athora Deutschland Holding GmbH & Co. KG (Athora Deutschland)

Sitz: Wiesbaden | Amtsgericht Wiesbaden | HRA 10305

Persönlich haftende Gesellschaft:

Athora Deutschland Verwaltungs GmbH

www.athora.com/de

Athora Deutschland Verwaltungs GmbH

Sitz: Wiesbaden | Amtsgericht Wiesbaden | HRA 28501

Geschäftsführung: Ralf Schmitt (Vorsitzender), Bettina Hoch, Stefan Kropp, Dr. Claudius Viewers

Die hier enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und nicht auf die spezielle Situation einer Einzelperson oder einer juristischen Person ausgerichtet und nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt. Obwohl wir uns bemühen, zuverlässige und aktuelle Informationen zu liefern, übernimmt Athora keine Haftung für die Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Athora verspricht nicht, dass die enthaltenen Informationen sämtliche aktuellen Informationen darstellen oder dass Athora dieses Dokument aktualisiert. Dieses Dokument wird Ihnen ausschließlich zu Ihrer Nutzung bereitgestellt und ist nicht für weitere Verbreitung oder Vervielfältigung, weder als Ganzes noch in Teilen vorgesehen. Die Informationen werden Ihnen unter der Bedingung bereitgestellt, dass sie vertraulich behandelt und nicht von Ihnen gegenüber Dritten offengelegt werden.